

1. Mai-Rede

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Die Personenfreizügigkeit mit der EU und starke flankierende Massnahmen (FlaM) gehören untrennbar zusammen. Sie sind die Basis dafür, dass Arbeitnehmende in der Schweiz nicht auf Grund ihrer Herkunft diskriminiert und gegeneinander ausgespielt werden können. Und sie ermöglichen ganz praktisch die Kontrolle und Durchsetzung von guten Gesamtarbeitsverträgen, Mindestlöhnen und Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmende.

Der bestehende Entwurf zum Rahmenabkommen hätte diese Errungenschaften gefährdet. Ohne wirksame FlaM käme das ganze Lohngefüge ins Rutschen - mit unabsehbaren Folgen für alle Lohnabhängigen. Wir haben immer klargemacht: Das Prinzip «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort» darf nicht verletzt werden. Die flankierenden Massnahmen sind nicht verhandelbar. Sie müssen gestärkt, nicht geschwächt werden.

Seit drei Jahren wehren sich die Gewerkschaften deshalb gegen Bundesrat Cassis Plan, für sein Rahmenabkommen den Lohnschutz auf dem Altar der «Marktfreiheit» mit Europa zu opfern. Mit Erfolg: Ein Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU, das wichtige «flankierende Massnahmen» zur Kontrolle von Löhnen und Arbeitsbedingungen in der Schweiz ausser Kraft setzt, wird es nicht geben.

Damit ist auch endlich der Weg frei für einen echten Beitrag der Schweiz zu einem sozialen Europa. Ein Europa mit Personenfreizügigkeit und starken Arbeitnehmerrechten für alle. Ein Europa, das die Menschen und nicht die Wirtschaft ins Zentrum stellt. Es ist an uns allen, einer solch zukunftsfähigen Europastrategie zum Durchbruch zu verhelfen.

Dazu braucht es zuerst einen grundlegenden Paradigmenwechsel im Bundesrat. Denn eine Rosinenpicker-Strategie für partikulare Wirtschaftsinteressen führt nirgendwo hin. Ein stabiles Verhältnis zur EU muss auf den gemeinsamen Interessen der breiten Bevölkerung in der Schweiz und in ganz Europa bauen: Auf soziale Sicherheit und Gerechtigkeit sowie eine mit starken Arbeitnehmerrechten verbundene Bewegungsfreiheit. Dafür bieten wir Gewerkschaften Hand!

Nebst einem guten Rahmenabkommen steht für die Unia auch fest, dass es in der heutigen Zeit Lösungen in der Klimafrage geben muss. Ökologische und soziale Krisen haben gemeinsame Ursachen und müssen auch zusammen bekämpft werden. Eine nachhaltige Gesellschaft kann nur mit einem sozialen Ausbau funktionieren!

Wir brauchen:

- Zukunftsperspektiven in einer nachhaltigen Arbeitswelt: Ökologisch notwendige Vorhaben bergen ein enormes Jobpotential. Die Politik muss allerdings endlich die Weichen so stellen, dass es sich entfalten kann. Wo Arbeitsplätze bedroht sind, braucht es Umschulungs- und Weiterbildungsoffensiven und eine Garantie, dass niemand arbeitslos oder in prekären Verhältnissen zurückbleiben darf!
- Ein neues Verhältnis von Leben und Arbeit: Eine verkürzte Arbeitszeit reduziert unseren ökologischen Fussabdruck massiv. Gleichzeitig steigt die Lebensqualität um ein Vielfaches.

Umwelt- und Klimaschutzmassnahmen dürfen nicht zu Lasten der Arbeitenden und der sozial Schwachen gehen. Im Gegenteil: Sie müssen die Umverteilung von reich zu arm begünstigen. Denn es sind Grosskonzerne, Reiche und Super-Reiche, die Raubwirtschaft auf Kosten unserer natürlichen Lebensgrundlagen betreiben. Die Verursacher und Profiteure des Klimanotstandes müssen für die Behebung des angerichteten Schadens bezahlen!

Diese Forderung wiederholen wir Seite an Seite mit der Klimabewegung, denn diese hat Recht: Es ist fünf vor Zwölf! Deshalb unterstützen wir den Strike for Future (diesen schweizweiten Aktions- und Streiktag) am 21. Mai und rufen alle dazu auf: Gehen wir – im Rahmen dessen, was die Pandemie-Situation erlaubt – zusammen auf die Strasse, für Klimagerechtigkeit, für eine lebenswerte Zukunft für alle!